

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

49. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. November 2006, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Johannes Callsen (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

i. V. v. Frank Sauter

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Entschuldigt fehlende Abgeordnete

Hans-Jörn Arp (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Einführung der Ressortdeckung für Statistiken	6
Vorlagen des Innenministeriums Umdrucke 16/681 und 16/870	
2. a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zulassen	7
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/970	
b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/999	
3. Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner	9
Vorlage des Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren Umdruck 16/947	
(Fortsetzung der Beratungen vom 24. August, 7. September und 5. Oktober 2006)	
4. Nachfragen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2007/2008	10
Umdrucke 16/1173, 16/1219, 16/1245, 16/1246, 16/1282, 16/1283, 16/1293, 16/1294, 16/1295, 16/1300, 16/1301, 16/1306, 16/1307, 16/1335, 16/1336, 16/1337, 16/1339, 16/1348, 16/1349, 13/1350, 16/1365, 16/1368	
hierzu: Antrag der FDP-Fraktion zu Artikel 2 und 4 des Haushaltsstrukturgesetzentwurfs Umdruck 16/1375	
5. Bericht des Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren über die Auszahlung der pauschalen Fördermittel nach § 8 AG-KHG hier: Zinserträge nicht verausgabter Pauschalmittel	11
Umdrucke 16/964 und 16/1369	
6. Verbeamtung von Landesbediensteten	12
Vorlage des Landesrechnungshofs Umdruck 16/1262	
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/1299	

-
- | | |
|--|-----------|
| 7. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung (Erstes Verwaltungsmodernisierungsgesetz) | 14 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1006 | |
| 8. Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften | 15 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/935 | |
| 9. Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung | 16 |
| Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/824 | |
| 10. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater (StBerVG) vom 18. November 1998 | 17 |
| Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1005 | |
| 11. Ergebnis der 128. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 2. und 3. November 2006 in Gmund am Tegernsee | 18 |
| Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/1367 | |
| 12. Hochschulcampus Flensburg, Veräußerung eines Grundstücks einschl. Straßenbaulast | 19 |
| Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/1296 | |

-
- 13. a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“ 20**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/863
- b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/864
- c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/865
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/1363
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1395
- 14. Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Baltic Sea International Campus in Eckernförde 22**
- Fragen der FDP-Fraktion
Umdruck 16/1283
- Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/1366
- 15. Information/Kennntnisnahme 23**
- 16. Verschiedenes 25**

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Einführung der Ressortdeckung für Statistiken

Vorlagen des Innenministeriums
Umdrucke 16/681 und 16/870

Der Finanzausschuss äußert seinen Unmut über die bisherige Entwicklung und fasst einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Haushaltsjahr 2007 im Bereich der Statistik schrittweise die Ressortdeckung einzuführen und im Haushaltsgesetz sowie im Doppelhaushalt 2007/2008 die hierfür erforderlichen Instrumente vorzusehen. Die Einführung der Ressortdeckung soll 2009 abgeschlossen sein.“

St Lorenz macht darauf aufmerksam, dass die Einführung der Ressortdeckung bei vorhandenen ressortübergreifenden Statistiken ein schwieriger und langwieriger Prozess sei.

P Dr. Altmann wiederholt das Petitum des Landesrechnungshofs, dass die Ressortetatisierung auf der Basis der KLR möglichst zügig eingeführt werde, sich das Statistische Amt am Personalkosteneinsparkonzept der Landesregierung beteilige und aus der Fusion der beiden Statistikämter tatsächlich Synergieeffekte erzielt würden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

a) Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen - private Wettanbieter zu-lassen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/970

b) Staatliches Lotteriemonopol erhalten - Vertrieb liberalisieren

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/999

(überwiesen am 12. Oktober 2006 an den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Die Mitglieder der Oppositionsfraktionen legen Wert darauf, dass die Thematik im Parlament ausreichend beraten und die offenen Fragen zufriedenstellend beantwortet würden und dass der Landtag sein Votum zu den vorliegenden Anträgen in der kommenden Tagung und damit vor der Beschlussfassung der Ministerpräsidentenkonferenz über den Staatsvertrag abgibt.

Abg. Spoorendonk - unterstützt von Abg. Heinold - möchte von der Landesregierung wissen, wie sie die Haltung der EU zum Staatsmonopol bei Lotterie und Sportwetten bewerte. Außerdem regt sie an, schriftliche Stellungnahmen der Betroffenen einzuholen.

Abg. Kubicki bittet die Landesregierung darum, die Ausschüsse über geplante Änderungen des Lotteriestaatsvertrages umgehend zu unterrichten.

St Dr. Wulff teilt mit, die Abstimmung innerhalb der Landesregierung sei noch nicht abgeschlossen. Der Staatsvertrag der Ministerpräsidenten halte am Staatsmonopol fest und solle vier Jahre gelten. Die Ministerpräsidentenkonferenz habe sich darauf verständigt, vor der Beschlussfassung am 13. Dezember 2006 eine Anhörung durchzuführen. - Aus diesem Grunde hält Abg. Herdejürgen eine eigene Anhörung des Landtages für entbehrlich.

Abg. Kubicki macht darauf aufmerksam, dass das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber für eine Neuregelung bis zum 31. Dezember 2007 Zeit gebe. Er fragt die Landesregierung, inwieweit sie sich haushaltspolitisch und rechtlich auf mögliche weitere Gerichtsentscheidungen vorbereite.

St Dr. Wulff beschreibt als Ziel der Landesregierung, die Einnahmen des Landes aus der Konzessionsabgabe und der Lotteriesteuer auf rechtlich sauberem Weg zu sichern.

Auf Antrag von Abg. Kubicki bittet der Ausschuss den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, ihm die aktuellen Gerichtsentscheidungen in Sachen Lotto und Sportwetten zuzuleiten. Er beabsichtigt, in der nächsten oder übernächsten Sitzung zu beiden Anträgen eine Beschlussempfehlung an den Landtag zur Tagung Ende November zu verabschieden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Weihnachtsbeihilfe für Heimbewohner

Vorlage des Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren
Umdruck 16/947

(Fortsetzung der Beratungen vom 24. August, 7. September und
5. Oktober 2006)

M Dr. Trauernicht teilt mit, nach der Beschlussfassung auf Bundesebene am 3. November 2006 gewährten in diesem Jahr alle Bundesländer den Heimbewohnern eine Einmalzahlung der Weihnachtsbeihilfe von mindestens 36 €. Ab dem Jahr 2007 werde der monatliche Barbetrag um 3,45 € auf 41,40 € angehoben. Das ergebe für die 7.600 schleswig-holsteinischen Heimbewohner unter 60 Jahre im Jahr 2006 eine Summe von 275.000 € und im Jahr 2007 eine Summe von 315.000 €. Für die Kommunen mache das für die 8.300 Heimbewohner über 60 Jahre 2006 einen Betrag von rund 300.000 € und 2007 von rund 345.000 € aus. In Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden und den Einrichtungsträgern werde man darauf hinwirken, dass die monatliche Anhebung des Barbetrages angespart und als Einmalzahlung an die Heimbewohner zu Weihnachten ausgeschüttet werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Nachfragen der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2007/2008

Umdrucke 16/1173, 16/1219, 16/1245, 16/1246, 16/1282, 16/1283, 16/1293, 16/1294, 16/1295, 16/1300, 16/1301, 16/1306, 16/1307, 16/1335, 16/1336, 16/1337, 16/1339, 16/1348, 16/1349, 13/1350, 16/1365, 16/1368

hierzu:

Antrag der FDP-Fraktion zu Artikel 2 und 4 des Haushaltsstrukturgesetzentwurfs
Umdruck 16/1375

Zu Umdruck 16/1337 - Konsolidierungsbeiträge der Ressorts - bemerkt Abg. Heinold, die Anpassung an die Entwicklung beim Wohngeld sei keine echte Haushaltseinsparung.

Auf Fragen von Abg. Heinold zur Höhe der in Einzelplan 06 veranschlagten Feldes- und Förderabgaben und in Einzelplan 11 veranschlagten Mittel für Werkverträge bittet der Finanzausschuss das Finanzministerium, die Höhe des vom Ministerium akzeptierten Konsolidierungsbeitrages 2007 zu begründen.

Abg. Kubicki kritisiert, dass dem Parlament die Anhebung von Einnahmepositionen als Haushaltseinsparung verkauft werde, anstatt wie von der Landesregierung angekündigt bei den Ministerien tatsächlich eine Summe von 80 Millionen € einzusparen. Sodann bringt er den Antrag der FDP-Fraktion Umdruck 16/1375 ein, mit dem die von den geplanten Kürzungen des kommunalen Finanzausgleiches und der Kürzung beziehungsweise Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes Betroffenen vom Finanzausschuss angehört werden sollen.

Während die Abgeordneten Heinold und Spoorendonk den Antrag von Abg. Kubicki unterstützen, lehnen die Abgeordneten Herdejürgen und Koch ihn mit der Begründung ab, die Koalitionsfraktionen fühlten sich durch eine Vielzahl von Gesprächen ausreichend informiert, eine zusätzliche Anhörung zu diesem Zeitpunkt bringe keinen neuen Erkenntnisgewinn. Sie stellen klar, dass Einnahmeverbesserungen nicht dazu führten, bei den Ausgabekürzungen nachzulassen.

Der FDP-Antrag Umdruck 16/1375 auf Anhörung wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend
und Senioren über die Auszahlung der pauschalen Fördermittel
nach § 8 AG-KHG
hier: Zinserträge nicht verausgabter Pauschalmittel**

Umdrucke 16/964 und 16/1369

(Fortsetzung der Beratung vom 24. August und 7. September 2006)

Einstimmig fasst der Finanzausschuss folgenden Beschluss:

„Die Krankenhäuser werden aufgefordert, nicht verbrauchte Fördermittel zinsbringend anzulegen. Die Zinserträge werden bei der zweijährlichen Anpassung der Höhe der pauschalen Fördermittel berücksichtigt. Die Steigerungsrate wird um einen kalkulatorischen Zinssatz, der sich aus den Zinssätzen für die Anlage nicht verbrauchter Fördermittel ergibt, reduziert.“

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verbeamtung von Landesbediensteten

Vorlage des Landesrechnungshofs
Umdruck 16/1262

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/1299

VP Dopp bekräftigt die Bedenken des Landesrechnungshofs, Einsparungen aus den Verbeamtungen für die Realisierung des Personaleinsparkonzepts der Landesregierung zu verwenden. Eine Verbeamtung sollte aus wirtschaftlichen Gründen nur im Eingangs- oder ersten Beförderungssamt vorgenommen werden.

Auf Fragen des Vorsitzenden führt St Dr. Wulff aus, für eine Verbeamtung kämen 340 Angestellte mit flexiblen Einsatzmöglichkeiten infrage; im Jahr 2006 würden 54 Personen, im Jahr 2007 114 Personen verbeamtet. Neben wirtschaftlichen Vorteilen (auch der längeren Arbeitszeit von Beamten) gerade in Zeiten kreditfinanzierter Haushalte sprächen weitere Argumente für eine Verbeamtung (Umdruck 16/1299). Mit der Verbeamtung habe man den Ressorts ein Instrument an die Hand gegeben, die Vorgaben des Personalkosteneinsparkonzepts der Landesregierung zu erfüllen.

Abg. Heinold schließt sich der Auffassung des Landesrechnungshofs an und kritisiert, dass Minderausgaben bei den Personalkosten infolge der Verbeamtung als Beitrag zum Personalkosteneinsparkonzept der Landesregierung anerkannt würden, das ohne Verbeamtungen offensichtlich nicht eingehalten werden könne.

Abg. Spoorendonk erkundigt sich nach Überlegungen, Vorsorge für die später anfallenden Versorgungslasten zu treffen.

P Dr. Altmann spricht sich im Interesse einer Entlastung des Haushalts derzeit gegen die Einrichtung von Versorgungsrücklagen aus. Er kündigt an, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie man die künftigen Versorgungslasten im Haushalt möglichst transparent machen könne. Einsparungen infolge der Verbeamtung sollten zur Haushaltskonsolidierung genutzt und das Personalkosteneinsparkonzept unabhängig davon durch Abbau von Stellen in vollem Umfang umgesetzt werden.

St Dr. Wulff macht darauf aufmerksam, dass das Ausmaß der Einsparung von Stellen davon abhängt, in welchem Umfang sich das Land von Aufgaben trennt. Eine Verbeamtung nach dem ersten Beförderungsjahr sei in Ausnahmefällen möglich.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnt der Finanzausschuss den Antrag von Abg. Heinold ab, die Einsparungen aus den Verbeamtungen zur Reduzierung des Kreditvolumens im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zu nutzen und nicht dafür in Anspruch zu nehmen, die im Rahmen des Personaleinsparungskonzepts angestrebten Einsparungen zu unterstützen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung (Erstes
Verwaltungsmodernisierungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1006

(überwiesen am 11. Oktober 2006 an den Finanzausschuss, den Innen- und
Rechtsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Vorschläge der Fraktionen für Anzuhörende
Umdrucke 16/1286, 16/1288, 16/1291, 16/1305, 16/1320

Abg. Kubicki möchte wissen, inwieweit die durch das Gesetz ausgelösten Kosteneinsparungen bereits in den Doppelhaushalt eingearbeitet worden seien.

Der Finanzausschuss will zunächst die Ergebnisse der Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses über den Gesetzentwurf zur Verwaltungsmodernisierung abwarten.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/935

(überwiesen am 15. September 2006 an den Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Finanzausschuss kommt überein, bis Ende des Jahres schriftliche Stellungnahmen der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände, der Architekten- und Ingenieurkammer, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammern und der Investitionsbank einzuholen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Lage und Entwicklung der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/824

(überwiesen am 30. Juni 2006 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/1252, 16/1263, 16/1266, 16/1319

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, zu den Einlassungen der Angehörten zur nächsten Sitzung schriftlich Stellung zu nehmen. Abg. Schlosser-Keichel bittet das Finanzministerium um Stellungnahme zur Frage der Übernahme der Anwärter.

Abg. Kubicki fragt nach Initiativen der Landesregierung zur Vereinfachung des Steuerrechts und Auswirkungen den im Zuge der Föderalismusreform auf die Länder übertragenen Beamtenbesoldungsrechts auf die Steuerverwaltung.

St Dr. Wulff teilt mit, im mittleren Dienst würden 2006 die Anwärter zu 100 % übernommen; im gehobenen Dienst könne man vier Anwärter nicht übernehmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Versorgung der Steuerberaterinnen und Steuerberater (StBerVG) vom 18. November 1998

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/1005

(überwiesen am 12. Oktober 2006)

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung unverändert anzunehmen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

**Ergebnis der 128. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“
vom 2. und 3. November 2006 in Gmund am Tegernsee**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/1367

Abg. Kubicki möchte wissen, warum und auf welcher Rechtsgrundlage die Landesregierung angesichts der positiven Ergebnisse der Steuerschätzung globale Steuermindereinnahmen in den Haushalt einstelle und welche anderen Bundesländer eine entsprechende Etatisierung vornehmen. - St Dr. Wulff sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

VP Dopp wiederholt das Petitum des Landesrechnungshofs, nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen - zumal bei verfassungswidrigen Haushalten - nicht in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen.

St Dr. Wulff bekräftigt unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung die Haltung der Landesregierung.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage des Finanzministeriums zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

**Hochschulcampus Flensburg, Veräußerung eines Grundstücks einschl.
Straßenbaulast**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/1296

Einstimmig stimmt der Finanzausschuss der vorgesehenen Veräußerung, Umdruck 16/1296,
zu.

Punkt 13 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/863

b) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Institut für Weltwirtschaft“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/864

c) Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung der Stiftung „Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften - Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/865

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Stellungnahmen Umdrucke 16/1167, 16/1194, 16/1199, 16/1200, 16/1291, 16/1204, 16/1224, 16/1225, 16/1226, 16/1247, 16/1315, 16/1351

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD
Umdruck 16/1363

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdruck 16/1395

P Dr. Altmann problematisiert die in Punkt 5 des Antrages der Koalitionsfraktionen (Umdruck 16/1363) vorgesehene Regelung zur Rücklagenbildung.

Demgegenüber hält es St de Jager für erforderlich, dass wissenschaftliche Einrichtungen Haushaltsmittel flexibel über Haushaltsjahre übertragen könnten. Die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Umdruck 16/1395) beantragte Verankerung einer alleinigen Gewährträgerhaftung des Landes lehnt er unter Hinweis auf eine Rahmenvereinbarung des Bundes und der Länder für gemeinsame Forschungseinrichtungen ab.

St Dr. Wulff problematisiert, dass den Beschäftigten von den Koalitionsfraktionen mit Punkt 6 ihres Änderungsantrages eingeräumte Rückkehrrecht in den Landesdienst. Eine entsprechende Regelung habe man bei der Stiftung Institut für Meereswissenschaften bewusst nicht getroffen, um kein Präjudiz zu schaffen und das Ziel der Haushaltskonsolidierung und des Stellenabbaus nicht zu konterkarieren.

Mit den Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Antrag der Koalitionsfraktionen Umdruck 16/1363 angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis werden die drei Gesetzentwürfe mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Bericht des Wissenschaftsministeriums über den Baltic Sea International Campus in Eckernförde

Fragen der FDP-Fraktion
Umdruck 16/1283

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/1366

Auf eine Frage von Abg. Kubicki antwortet St de Jager, auf der Basis eines gegenwärtig verhandelten Kooperationsvertrages zwischen der Universität Flensburg, dem Wissenschaftsministerium und den Investoren solle eine GmbH gegründet werden, an der sich das Land nicht beteiligen werde. Die Nutzung der Liegenschaft in Eckernförde werde von der Fachhochschule Kiel auf die Universität Flensburg übertragen; die Transaktion sei für das Land kostenneutral. Der Finanzausschuss werde über konkrete Schritte zeitnah informiert.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/1170 - Entwicklung des Personalbudgets 2006

Umdruck 16/1217 - Vertrag Bissengehege

Umdruck 16/1248 - Friesischunterricht

Umdruck 16/1278 - Krankenhausfinanzierung

Umdruck 16/1249 und 16/1281 - Fluglinie Kiel-München

Umdruck 16/1292 - Betriebsprüfung und Steuerfahndung 2005

Umdruck 16/1297 - Küstenschutzmaßnahmen

Umdruck 16/1298 - Personalsituation Landesbesoldungsamt

Umdruck 16/1304 - Gebührenfinanzierung des ULD

interner Umdruck 16/1227 - AKN

interner Umdruck 16/1360 - Fehmarnbelt-Konferenz

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Vorlagen zur Kenntnis.

Fragen der Abgeordneten Heinold und Koch zu Umdruck 16/1170 - Entwicklung des Personalbudgets 2006 - beantwortet St Dr. Wulff dahin, das **Personalkosteneinsparkonzept** der Landesregierung werde wie geplant bis zum Jahr 2010 umgesetzt. Die anteiligen Einsparungen in Einzelplan 10 werde man überprüfen.

Zu Umdruck 16/1248 - **Friesischunterricht** - bittet der Finanzausschuss den Bildungsausschuss um Stellungnahme. P Dr. Altmann bemerkt, das Bildungsministerium habe die Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofs in vollem Umfang bestätigt.

Bei Umdruck 16/1278 - **Krankenhausfinanzierung** - unterstützt Abg. Heinold die Forderung des Landesrechnungshofs, die Investitionsförderung wieder auf eine direkte Förderung umzustellen.

St Dr. Wulff macht darauf aufmerksam, dass eine Rücknahme der Umstellung der Krankenhausförderung kurzfristig mit erheblichen Mehrbelastungen für den Landeshaushalt verbunden sei.

Zu den Umdrucken 16/1249 und 16/1281 bittet Abg. Kubicki das Wirtschaftsministerium um eine Auflistung darüber, welche Kosten der **Kieler Flughafengesellschaft** für Marketingmaßnahmen für die Fluglinie Kiel-München entstanden seien. - Der Vorsitzende bittet das

Wirtschaftsministerium um einen Bericht über die finanzielle Entwicklung der Kieler Flughafengesellschaft.

Auf eine Frage von Abg. Heinold zu Umdruck 16/1298 - Personalsituation des Landesbesoldungsamtes - sagt St Dr. Wulff eine Überprüfung zu, ob beim **Landesbesoldungsamt** sieben Stellen gestrichen worden seien.

Punkt 16 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende stellt fest, dass die vom **Altenparlament** erhobenen Forderungen (Umdruck 16/1302) die Zuständigkeit des Finanzausschusses nicht berührten.
- b) Zu Umdruck 16/1245 teilt der Vorsitzende mit, dass im Geschäftsbereich des Landtagspräsidenten seit 1. September 2006 vier Jugendliche ihre **Ausbildung** in Kammerberufen aufgenommen hätten.
- c) Der Vorsitzende bittet die Landesregierung im Januar 2007 um einen Bericht über Änderungen des **Verwaltungsabkommens** zwischen Bund und Land in Sachen **Bautätigkeit**.
- d) Der Vorsitzende bittet den Landtagspräsidenten, in der nächsten Sitzung über die künftige **Nutzung von Haus B** zu berichten.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 13:15 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer